

# K-2

<b>Titel</b>	Zukunftsfähige Kommunen – Gemeinden jugendfreundlich gestalten	
<b>AntragstellerInnen</b>	Emmendingen	
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD-Baden-Württemberg, SPD-Landtagsfraktion	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

---

1 Die Jusos Baden-Württemberg fordern die Novellierung des § 41a in der baden-württembergischen Gemein-  
2 deordnung von „Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre In-  
3 teressen berühren, in angemessener Weise beteiligen“ in „Die Gemeinde muss Kinder und Jugendliche bei  
4 Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen“.

5 Des Weiteren sollen die Regierungspräsidien die Einhaltung des § 41a überwachen und überprüfen. Gemein-  
6 den und Kommunen sollen dazu verpflichtet werden, jede zwei Jahre einen Bericht anzufertigen, in welchen  
7 detailliert angeführt wird:

8 • Welches Beteiligungsverfahren entwickelt und durchgeführt worden ist.

9 • Die Häufigkeit des durchgeführten Verfahrens.

10 • Die Umsetzungsrate der von den jungen Menschen eingebrachten Ideen. • Die dafür investierten personellen  
11 und materiellen Ressourcen.

12 Die Berichte sollen von den Regierungspräsidien überprüft und öffentlich bekannt gemacht werden. Kommu-  
13 nen, die sich nicht an die Vorgaben des § 41a der Gemeindeordnung halten, sollen nach den gesetzlichen  
14 Vorgaben sanktioniert werden.

15 Die Jusos Baden-Württemberg fordern die Umsetzung des § 41a auf bundespolitischer Ebene. Die SPD soll  
16 sich für einen gesetzlichen Anspruch für Kinder-, Jugend- und Bürgerbeteiligung im gesamten Bundesgebiet  
17 einsetzen.

18 Die Jusos Baden-Württemberg fordern weiterhin die Herabsetzung des passiven Wahlalters („gewählt werden  
19 dürfen“) bei Bürgermeister\*innenwahlen in Baden-Württemberg auf 18 Jahren.

20

21 **Begründung**

22 erfolgt mündlich.